

Rückmeldung zur öffentlichen Konsultation zum Rechtsakt über fortgeschrittene Werkstoffe

Wien, 13. 01. 2026

Über den Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs

Unser Ziel ist es, dass Dienstleistungen der Daseinsvorsorge für alle Menschen in Österreich zugänglich, leistbar und von hoher Qualität bleiben – heute und in Zukunft. Der VÖWG vernetzt über 120 Unternehmen, Institutionen und Organisationen und fördert den Wissensaustausch – etwa in den Bereichen Energieversorgung, öffentlicher Verkehr, Wasser- und Abwasserwirtschaft, Abfallentsorgung, wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung, Wohnen sowie Gesundheits- und Sozialdienste. Zudem unterstützt der VÖWG seine Mitglieder mit einem breiten Serviceangebot, begleitet politische und regulatorische Entwicklungen und stärkt die Stimme der Daseinsvorsorge auf nationaler und europäischer Ebene.

Über den Verband kommunaler Unternehmen Österreichs

Unser Ziel ist es, dass Dienstleistungen der Daseinsvorsorge für alle Menschen in Österreich zugänglich, leistbar und von hoher Qualität bleiben – heute und in Zukunft. Der Verband kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ) vereint rund 30 kommunale Unternehmen aus ganz Österreich sowie die Stadtwerke Krakau und Meran. Mit ihren breiten Portfolios in den Bereichen Energieversorgung, Netzinfrastruktur, öffentlicher Verkehr, Wasser- und Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Telekommunikation leisten sie einen wesentlichen Beitrag zu einer sicheren und leistbaren Daseinsvorsorge. Der VKÖ unterstützt seine Mitglieder mit vielfältigen Services, begleitet politische und regulatorische Entwicklungen und stärkt die Stimme der kommunalen Daseinsvorsorge auf nationaler und europäischer Ebene.

Rechtsform:

Verein

Sitz:

Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

ZVR-Zahl (AT):

VÖWG: 338965482

VKÖ: 358163335

Zuständigkeit:

LPD Wien, Abteilung für Vereins-

Versammlungs- und Medien-

rechts-angelegenheiten

EU-Transparenzregisternummer

VÖWG:

643879152710-58

Einleitung

Mit dem vorliegenden Call for Evidence zur Vorbereitung des Rechtsakts über fortgeschrittene Werkstoffe (Advanced Materials Act) verfolgt die Europäische Kommission das Ziel, einen kohärenten europäischen Rechtsrahmen für die Entwicklung, Produktion und Anwendung fortgeschrittener Materialien zu schaffen. Der geplante Rechtsakt soll dazu beitragen, die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken, die Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen zu reduzieren und den Übergang zu einer klima- und ressourcenschonenden Wirtschaft zu beschleunigen. Gleichzeitig sollen Forschung, Markthochlauf und industrielle Skalierung besser miteinander verzahnt werden, um die bislang oft langen Zeiträume von der Materialentwicklung bis zur praktischen Anwendung deutlich zu verkürzen.

Vor diesem Hintergrund begrüßen der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) und der Verband kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ) die Initiative. Fortgeschrittene Materialien können einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der europäischen Klima-, Umwelt- und Wettbewerbsziele leisten und eröffnen insbesondere für die Daseinsvorsorge erhebliche Potenziale, etwa durch langlebigere, ressourceneffizientere und leistungsfähigere Infrastrukturen. Für eine erfolgreiche Ausgestaltung ist es jedoch entscheidend, dass Innovation von Beginn an mit hohen Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards verknüpft wird und dass öffentliche sowie kommunale Akteure gleichberechtigt eingebunden werden.

Aus Sicht des VÖWG/VKÖ muss der künftige Rechtsrahmen sicherstellen, dass Kosten und Risiken nicht auf Bürger:innen oder öffentliche Haushalte verlagert werden, sondern das Verursacherprinzip konsequent angewendet wird. Ebenso wichtig ist es, Missbrauch und Greenwashing zu vermeiden, praxistaugliche und KMU-freundliche Verfahren zu etablieren und durch eine klare, transparente Governance für Rechtssicherheit zu sorgen. Nur unter diesen Voraussetzungen kann der Rechtsakt über fortgeschrittene Werkstoffe wirksam, ökologisch tragfähig und sozial ausgewogen zur Transformation der europäischen Wirtschaft beitragen.

VÖWG/VKÖ-Positionen im Überblick

Der Rechtsakt über fortgeschrittene Werkstoffe sollte einen kohärenten europäischen Rahmen schaffen, der Innovation beschleunigt, ohne neue Zielkonflikte für Umwelt, Daseinsvorsorge und öffentliche Infrastruktur zu erzeugen. Aus Sicht des VÖWG/VKÖ sind dabei folgende Leitprinzipien zentral:

- **Gemeinwohlorientierung und Daseinsvorsorge berücksichtigen.**
Fortgeschrittene Materialien kommen zunehmend in kritischen Infrastrukturen zum Einsatz und wirken über lange Zeiträume. Ihre Entwicklung und Anwendung müssen daher besonders hohen Anforderungen an Sicherheit, Zuverlässigkeit, Reparierbarkeit und langfristige Verfügbarkeit genügen. Innovationsförderung sollte gezielt robuste und praxistaugliche Lösungen für den realen Betrieb unterstützen.
- **Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit von Beginn an integrieren.**
Nachhaltigkeit muss bereits in der Entwicklungsphase fortgeschrittener Materialien verankert werden. Design-for-Recycling, Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Schadstofffreiheit sollten integrale Bestandteile der Innovationsförderung sein, um neue Entsorgungsprobleme und Belastungen bestehender Systeme zu vermeiden.
- **Verursacherprinzip stärken.**
Kosten für Umweltauswirkungen, Entsorgung oder Rückbau fortgeschrittener Materialien dürfen nicht auf öffentliche Haushalte oder Bürger:innen abgewälzt werden. Vielmehr müssen jene Akteure, die Materialien in Verkehr bringen und wirtschaftlich davon profitieren, auch für die daraus entstehenden Folgekosten Verantwortung übernehmen.
- **Technologieoffenheit wahren.**
Der Rechtsrahmen sollte unterschiedliche Innovationspfade ermöglichen und regionale sowie sektorale Besonderheiten berücksichtigen. Zu starre oder einseitige Vorgaben können Innovation hemmen und die Auswahl praxistauglicher Lösungen insbesondere für öffentliche und kommunale Akteure einschränken.

Forschung, Innovation und Technologieinfrastrukturen

Der VÖWG/VKÖ unterstützt das Ziel der Europäischen Kommission, die europäische Forschungs- und Innovationslandschaft im Bereich fortgeschrittener Materialien zu stärken und den Transfer von Forschungsergebnissen in marktfähige Anwendungen deutlich zu beschleunigen. Gerade für die öffentliche Wirtschaft und die Daseinsvorsorge ist der Zugang zu innovativen Materialien von zentraler Bedeutung, da sie zunehmend in kritischen Infrastrukturen wie Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserwirtschaft sowie im öffentlichen Verkehr zum Einsatz kommen.

Es ist entscheidend den Aufbau und die Nutzung offener, herstellernerneutraler Technologie- und Forschungsinfrastrukturen zu fördern. Test-, Pilot- und Demonstrationsanlagen sollten praxisnahe Erprobungen unter realen Betriebsbedingungen ermöglichen und den gesamten Innovationszyklus, von der Materialentwicklung über Prototypen bis hin zur Anwendung im laufenden Betrieb, abdecken. Solche Infrastrukturen können einen wesentlichen Beitrag leisten, technische, ökologische und wirtschaftliche Risiken frühzeitig zu identifizieren und Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Besonderes Augenmerk sollte auf den gleichberechtigten Zugang öffentlicher und kommunaler Akteure gelegt werden. Kommunale Unternehmen verfügen häufig über wertvolle Praxiserfahrung, sind jedoch strukturell im Nachteil, wenn Förderprogramme, Infrastrukturen oder Kooperationsformate primär auf private Großunternehmen oder Start-ups zugeschnitten sind. Der Rechtsakts über fortgeschrittene Werkstoffe sollte daher explizit vorsehen, dass auch öffentliche Betreiber als Anwender, Testpartner und Innovationsakteure eingebunden werden.

Darüber hinaus ist der bestehende Fachkräfte- und Kompetenzmangel ein zentrales Hemmnis für die Entwicklung und Anwendung fortgeschrittener Materialien. Initiativen zur gezielten Aus- und Weiterbildung, insbesondere an der Schnittstelle zwischen Materialwissenschaften, Umwelttechnik, Digitalisierung und Regulierung müssen umgesetzt werden. Interdisziplinäre Qualifikationsprofile sind eine wesentliche Voraussetzung, um nachhaltige, sichere und marktfähige Lösungen zu entwickeln.

Produktion, Markthochlauf und öffentliche Beschaffung

Der Übergang von der Forschungs- und Entwicklungsphase zur industriellen Produktion stellt eine der größten Herausforderungen im Bereich fortgeschrittener Materialien dar. Das Ziel den Markthochlauf zu beschleunigen und Produktionskapazitäten in Europa gezielt zu stärken ist zentral. Für die öffentliche Wirtschaft ist dabei insbesondere die Verfügbarkeit zuverlässiger, langfristig einsetzbarer Materialien von Bedeutung, da Investitionen in Infrastruktur häufig über mehrere Jahrzehnte wirken.

Aus Sicht des VÖWG/VKÖ kommt der öffentlichen Beschaffung eine Schlüsselrolle zu. Öffentliche Auftraggeber können als Ankerkunden wesentlich dazu beitragen, innovative und nachhaltige Materialien aus der Nische in den Markt zu bringen. Voraussetzung dafür sind jedoch rechtssichere, praxistaugliche und EU-weit harmonisierte Beschaffungskriterien, die Innovation ermöglichen, ohne Vergabestellen mit zusätzlichen rechtlichen Risiken zu belasten. Der Rechtsakt über fortgeschrittene Werkstoffe sollte daher klare Leitlinien für innovationsfreundliche und nachhaltige öffentliche Beschaffung vorsehen.

Zugleich ist Planungssicherheit eine zentrale Voraussetzung für Investitionen in neue Produktionskapazitäten. Häufig scheitert der Markthochlauf nicht an technologischen Defiziten, sondern an regulatorischer Unsicherheit, fragmentierten Märkten oder fehlender Nachfrage. Der VÖWG/VKÖ spricht sich daher für langfristig verlässliche Rahmenbedingungen aus, die sowohl Produzenten als auch Anwendern Investitionssicherheit bieten.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Vermeidung neuer strategischer Abhängigkeiten. Der Ausbau europäischer Produktionskapazitäten sollte gezielt dazu beitragen, Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen, Vorprodukten oder Schlüsseltechnologien zu reduzieren. Gleichzeitig müssen ökologische und soziale Standards entlang der gesamten Wertschöpfungskette eingehalten werden, um negative Externalitäten nicht lediglich räumlich zu verlagern.

Kreislaufwirtschaft, Umwelt- und Gesundheitsschutz

Der VÖWG/VKÖ sieht eine zentrale Chance, die Kreislaufwirtschaft in Europa substanziell voranzubringen. Fortgeschrittene Materialien können einen wichtigen Beitrag zu Ressourceneffizienz, Langlebigkeit und Emissionsreduktion leisten. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass neue Materialien bestehende Stoffkreisläufe verkomplizieren oder zusätzliche Belastungen für Umwelt und Gesundheit verursachen, wenn sie nicht von Beginn an ganzheitlich gedacht werden.

Aus Sicht der öffentlichen Wirtschaft ist daher eine umfassende Lebenszyklusbetrachtung unerlässlich. Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen müssen bereits in der Entwicklungsphase berücksichtigt werden. Dabei ist jeder Schritt, von der Rohstoffgewinnung über Herstellung, Nutzung und Reparatur bis hin zu Wiederverwendung, Recycling oder Entsorgung, entscheidend. Es sollte daher klare Anforderungen an Design-for-Recycling, Reparierbarkeit und Schadstofffreiheit enthalten und entsprechende Innovationsansätze gezielt fördern.

Besondere Bedeutung kommt der Kompatibilität neuer Materialien mit bestehenden Entsorgungs- und Recyclingsystemen zu. Kommunale Abfall- und Abwasserinfrastrukturen sind auf stabile Stoffströme ausgelegt. Neue Materialien dürfen diese Systeme nicht überfordern oder zu unverhältnismäßigen Mehrkosten führen, die letztlich von der Allgemeinheit getragen werden müssten. Der VÖWG/VKÖ spricht sich daher dafür aus, die Auswirkungen auf kommunale Infrastrukturen systematisch zu prüfen und das Verursacherprinzip konsequent anzuwenden.

Gerade im Wasser- und Abwasserbereich ist zudem sicherzustellen, dass fortgeschrittene Materialien keine zusätzlichen Schadstoffeinträge verursachen, etwa durch Abrieb, Auswaschungen oder problematische Zusatzstoffe. Der Schutz von Gewässern und Trinkwasserressourcen muss auch im Innovationskontext uneingeschränkt gewahrt bleiben.

Regulierung, Genehmigungen und Vereinfachung

Der VÖWG/VKÖ unterstützt das Bestreben der Europäischen Kommission, regulatorische Verfahren zu beschleunigen und administrative Hürden abzubauen, um Innovationen im Bereich fortgeschrittener Materialien schneller zur Anwendung zu bringen. Gleichzeitig gilt es, eine klare Abgrenzung zwischen sinnvoller Vereinfachung und einer Absenkung von Umwelt- und Sicherheitsstandards vorzunehmen. Vereinfachung darf nicht mit Deregulierung gleichgesetzt werden.

Regulatorische „Sandkästen“ können ein geeignetes Instrument sein, um neue Materialien und Anwendungen unter kontrollierten Bedingungen zu erproben. Voraussetzung ist jedoch, dass klare Leitplanken bestehen, die Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsziele uneingeschränkt wahren. Zudem sollten die gewonnenen Erkenntnisse systematisch in die Weiterentwicklung des Rechtsrahmens einfließen, um Doppelstrukturen und Unsicherheiten zu vermeiden.

Ein zentrales Anliegen der öffentlichen Wirtschaft ist die Schaffung von Rechtssicherheit und Vollzugstauglichkeit. Einheitliche Definitionen, harmonisierte Standards und klare Zuständigkeiten auf EU- und nationaler Ebene sind Voraussetzung dafür, dass neue Regelungen effizient umgesetzt werden können. Fragmentierte oder unklare Vorgaben führen in der Praxis häufig zu Verzögerungen, Mehrkosten und Investitionshemmnissen.

Darüber hinaus sollte der Rechtsakt konsequent auf digitale und koordinierte Verfahren setzen. Genehmigungs- und Berichtspflichten sollten besser aufeinander abgestimmt, digitalisiert und soweit möglich gebündelt werden, um Doppelmeldungen und unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden. Dies ist insbesondere für kommunale und öffentliche Akteure von großer Bedeutung, die häufig mit begrenzten personellen Ressourcen arbeiten.

Ein klar strukturierter, praxistauglicher und rechtssicherer Regulierungsrahmen kann wesentlich dazu beitragen, Innovationen im Bereich fortgeschrittener Materialien zu beschleunigen und gleichzeitig hohe Umwelt- und Sicherheitsstandards zu sichern.

Schlussbemerkung

Der Rechtsakt über fortgeschrittene Werkstoffe bietet aus Sicht des VÖWG/VKÖ eine zentrale Chance, die industrielle Transformation Europas mit den Anforderungen von Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz in Einklang zu bringen. Richtig ausgestaltet kann er dazu beitragen, Innovationszyklen zu verkürzen, strategische Abhängigkeiten zu reduzieren und gleichzeitig die Qualität, Sicherheit und Nachhaltigkeit öffentlicher Infrastrukturen zu stärken.

Entscheidend für den Erfolg wird sein, dass der Rechtsrahmen nicht einseitig auf industrielle Skalierung ausgerichtet ist, sondern die besonderen Anforderungen der Daseinsvorsorge, kommunaler Betreiber und öffentlicher Unternehmen systematisch berücksichtigt. Kreislaufwirtschaft, Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie Planungssicherheit für langfristige Investitionen müssen dabei gleichrangige Ziele sein.

Es braucht einen Advanced Materials Act, der Innovation fördert, ohne neue Belastungen für Bürger:innen und öffentliche Haushalte zu schaffen, der das Verursacherprinzip konsequent umsetzt und der durch klare, praxistaugliche und rechtssichere Regelungen Vertrauen bei allen beteiligten Akteuren schafft. In diesem Sinne steht der VÖWG/VKÖ bereit, seine Erfahrungen aus der öffentlichen Wirtschaft und der Daseinsvorsorge weiterhin konstruktiv in den weiteren Prozess einzubringen und die Europäische Kommission bei der Ausgestaltung eines zukunftsfähigen Rechtsrahmens zu unterstützen.

Inhaltliche Verantwortung

Virginia Hagn	Teamleitung Wasserpolitik und Kreislaufwirtschaft +43-1-4082204-20 virginia.hagn@voewg.at
Lilli Fida	Referentin Wasserpolitik und Kreislaufwirtschaft +43-1-4082204-12 lilli.fida@voewg.at